

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte besitzt 15 Pfg.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrh. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Maier.
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., in Frankfurt a. M.

Nummer 150

Mittwoch den 30. Juni 1915

26. Jahrgang

Amerika gegen den englischen Seekrieg.

Neue Kriegaanleihen.

Kürzlich hat eine Züricher Großbank, die Schweizerische Kreditanstalt, eine Uebersicht über die von den kriegsführenden Staaten seit Beginn des Krieges gemachten Kriegaanleihen veröffentlicht. Danach haben Deutschland 13,12 Milliarden Mark zu 5 Prozent, England 621 Millionen Pfund Sterling (rund 12,42 Milliarden Mark), Österreich 4,33 Milliarden Kronen, Frankreich 6,22 Milliarden Franken und Rußland 5,1 Milliarden Rubel an Anleihen aufgenommen. Außerdem haben Frankreich bei der Bank von Frankreich 5,5 Milliarden Franken und Rußland bei seiner Staatsbank 1,49 Milliarden Rubel geborgt. Ungarn hat zunächst eine Anleihe von 1,17 Milliarden Kronen gemacht und emittiert jetzt eine zweite Anleihe, die wahrscheinlich den gleichen Betrag erbringen werde. Danach haben die Entente-Mächte Anleihen in der Höhe von 12,42 + 9,38 + 14,17, zusammen 35,97 Milliarden Mark, Deutschland und Österreich-Ungarn eine solche von 19,3 Milliarden Mark gemacht, wobei noch die Vorschüsse der Reichs-schuld und der Zentralbank von Österreich-Ungarn an ihre Staaten hier nicht bekannt sind und folglich auch nicht in Betracht gezogen werden. Ebenso ist es völlig unbekannt, wie die Türkei ihre Kriegskosten deckt. Man darf also im allgemeinen annehmen, daß insgesamt bis Ende Mai mindestens 60 Milliarden Mark an Anleihen für die Kriegsführung aufgenommen wurden.

Die Gesamtschuldenlast aller kriegsführenden Staaten stellt sich auf 127 Milliarden Mark, so daß sich diese durch die Kriegaanleihe um 47 Prozent erhöht. Der Schuldendienst wächst noch in höherem Maße an. Denn die früheren Schulden werden bei weitem nicht so hoch wie die jetzige Kriegaanleihe verzinst. So stellt sich der Schuldendienst der Reichs-schuld, einschließlich Tilgung und Verwaltungskosten, auf 243,75 Millionen, was bei einer Gesamtschuld von 5,01 Milliarden, sich auf 4,8 Prozent stellt, während der reine Zins der Kriegaanleihe 5 Prozent beträgt.

Nimmt man an, daß der Dienst der Kriegaanleihe durchschnittlich 5 bis 6 Prozent betragen werde, so bedeutet dies eine jährliche Last von 3 bis 3,3 Milliarden Mark. — Davon abgesehen, daß Unsummen für Wiederherstellung des vernichteten Lebens und der wirtschaftlichen Güter notwendig sein werden.

Der Krieg ist aber noch nicht zu Ende und seine Kosten steigen von Tag zu Tag stark an. Haben in den ersten Kriegsmo-naten die Kriegausgaben Englands rund 1 Million Pfund betragen, so sind sie in der letzten Zeit gar auf 2,66 Millionen Pfund angestiegen, und die englische Regierung sieht sich gezwungen, eine neue Kreditvorlage von 250 Millionen Pfund (5 Milliarden Mark!) einzubringen.

Mit dem Eintritt Italiens in den Krieg ist für es auch die Frage der finanziellen Kriegsrüstung akut geworden. Schon die vorhergehende Mobilisation hat Italien eine ungeheuerliche Last aufgebürdet. Im Januar dieses Jahres hat Italien eine innere Anleihe von einer Milliarde Lire zum Kurs von 97 Prozent bei einer Verzinsung von 4½ Prozent ausgeben, von der ansehnend etwa 250 Millionen in den Kassen der Banken liegen blieben. Jetzt schreitet Italien zur Ausgabe einer zweiten Milliardenanleihe, die ebenfalls mit 4½ Prozent verzinst, aber zum Kurs von 95 Prozent und für die Inhaber von Stücken der Zamaranthe gar nur zum Kurs von 93 Prozent abgegeben wird. Der Krieg hat also hier den Kurs der Staatspapiere stark herabgedrückt. Wahr-scheinlich werden auch die anderen Staaten bald zu neuen Emissionen greifen.

Inzwischen sammelt sich in den Kassen der deutschen Ban-ken wiederum freies Kapital. Der Depostitenbestand bei den Banken soll schon die Höhe erreicht haben, die vor dem Herauskommen der zweiten Reichsanleihe bestand. Trotz der ungeheuerlichen Summen, die durch das Reich beansprucht werden, zeigt der Geldmarkt wiederum eine große Flüssig-keit. Die Akkumulation des Kapitals ist jetzt sogar rascher als nach der ersten Anleihe vor sich gegangen. „Denn“, meint die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht, „je mehr durch das Reich auch die Bestände des letzten Erntejahres und Teile des Viehs durch den Privat- und Städtebedarf zu Gelde werden, um so reichlicher fließt allerorten das für Leistung, Kriegs-dienst oder Ware empfangene, danach beschäftigungs-lose Geld zusammen. Auch Zinsen auf Wertpapiere und Hypotheken, Dividenden und Betriebsgewinne der Industrie und der Landwirtschaft sind ausgeschüttet worden, und nicht zu vergessen: nichts von dem jährlichen Wirtschaftsüberschuß der reichen Leute fließt als Reuegeld in das Ausland. Mit mathematischer Notwendigkeit erwächst aus alledem und zum dritten Male eine große Geldflüssigkeit als Folge des Krieges.“

Als auf die zweite Kriegaanleihe über 9 Milliarden ge-gzeichnet wurden, war auch dies die Folge derselben Verhält-nisse, die jetzt die „Frankfurterin“ so genau beobachtet und die auch die Quellen einer dritten Anleihe bilden werden. Heute scheint es allen klar geworden zu sein, worin das Geheimnis der finanziellen Kriegsrüstung liegt. Denn nicht allein der

englische und der französische Finanzminister haben es kon-statiert, daß mit der Dauer des Krieges die Unterbringung von Anleihen leichter geworden ist, sondern auch die „Neue Freie Presse“ hat festgestellt können, daß auch heute der Krieg im gewissen Sinne sich selbst „ernährt“, d. h. für sich die finan-ziellen Kriegsmittel schafft, die er ausnützt. Es besteht daher die Gefahr, daß man sich leicht dadurch blenden läßt und den Krieg unendlich in die Länge zieht. Das Anwachsen des fi-ktiven Kapitals, der Staatsmittel, die Ansprüche auf die Zu-kunft und den Ausbruch längst verbrauchter Güter darstellen, kann man mit dem Anwachsen des Volksvermögens leicht verwechseln: rechnet doch die bürgerliche Wissenschaft die Staatsschulden zum Volksvermögen; warum soll man nicht, wie Lloyd George es auch schon getan hat, den Krieg als Quelle des Reichtums, nicht etwa von einzelnen Personen, sondern des ganzen Volkes ansehen? Trotz ihrer Ungeheuer-lichkeit entsprechen solche Anschauungen der bürgerlichen Theorie durchaus und sind für eine gewöhnliche Auffassung, die zwischen Kapitalakkumulation und Vermeh-rung des materiellen Reichtums nicht unter-scheidet, völlig begreiflich. Während also wir in einem Kriege mit den Zerstörer von materiellen Gütern leben, erblickt eine andere Betrachtung in ihm ein kapitalbildendes Element. Wer der Sache auf den Grund geht, der läßt sich durch die Tatsache nicht blenden, daß die neuen Kriegaanleihen noch leichter als die vorhergehenden aufgenommen werden, sondern begreift sehr wohl, daß die jetzige Geldflüssigkeit allein ein Resultat der weitgehenden Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit ist und daß der Schaden, den der Krieg verursacht, mit seiner Dauer ebenso wie die „Geldflüssigkeit“ progressiv ansteigt.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 29. Juni. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Franzosen bereiteten gestern durch starkes Feuer zwischen der Straße Lens-Béthune und Arras nördliche Infanterieangriffe vor, die jedoch durch unser Artillerie-feuer niedergehalten wurden.

Auf den Maschhöhen griff der Feind die von uns am 26. Juni gewonnenen Stellungen südwestlich von Les Eparges im Laufe des Tages fünfmal an. Unter großen Verlusten brachen diese Angriffe ebenso, wie ein nördlicher Vorstoß östlich der Tranchée erfolglos zusammen.

Ostlich von Lunéville gelangten drei von mehreren feindlichen Bataillonen ausgeführte Angriffe gegen unsere Stellungen am Walde Les Rema Bois und westlich von Leintreux-Gondrexon nur bis an unsere Hindernisse. Der Feind rückte unter unserm Feuer in seine Stellungen zurück. Eine feindliche Artilleriebeobachtungsstelle auf der Kathedrale von Soissons wurde gestern von unserer Artillerie beseitigt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generals v. Linington hat den Feind in der Verfolgung auf der ganzen Front von Galicz und Kirsiew über die Gnita-Lipa geworfen. An diesem Abschnitt wird noch gekämpft.

Weiter nördlich ist die Gegend von Przemyssani-Kamionka erreicht. Nördlich Kamionka wartete der Ge-nar unsern Angriff nicht ab; er ging hinter den Bug unterhalb dieses Ortes zurück.

Nördlich und nordwestlich Mosty-Bielkie (50 Kilo-meter nördlich von Lemberg), sowie nordöstlich und westlich von Tomaszow stellte sich gestern der Feind. Er wurde überall geworfen. Wir stehen jetzt auch hier auf russischem Boden.

Unter dem Druck unseres Vorgehens in diesem Raume beginnt der Feind seine Stellungen am Lancw-Ab-schnitt und am unteren San zu räumen.

Oberste Heeresleitung.

Der eiserne Besen in Galizien.

Auch am Dniestr, wo sie in guten Stellungen und starken Verbänden sich hielten, ist der Widerstand der Russen am Zer-bröckeln. Von einem Abschnitt zum andern werden sie zurück-gedrängt, teilweise bereits hinter den Bug (das heißt: hinter dessen Oberlauf in Galizien!); und an mehreren anderen Stellen stehen die Verbündeten bereits auf russischem Boden. Der österreichisch-ungarische Tagesbericht vom 29. Juni zeich-net die Lage so:

In Ostgalizien sind die verbündeten Armeen in der Verfolgung bis an die Gnita-Lipa und den Bug bei Kamionka-Strumilowa vorgekommen. Die in dieser Linie stehenden russischen Kräfte werden angegriffen. Vurschn wurde gestern genommen. Starke feindliche Kräfte, die bei Siedec (nordwestlich Kamionka-Strumilowa) hielten, wurden heute nacht nach heftigem Kampfe unter großen Ver-lusten auf Krystynopol zurückgeworfen.

Nördlich Rawarska und nördlich Cichanow drangen die verbündeten Truppen auf russisches Gebiet vor. To-maszow ist in unserem Besitz. Heute nacht räumte der Feind seine Stellungen am nördlichen Lancw- und nördlichen San-Fluss und begann den Rückzug in nordöstlicher Richtung. Er wird überall verfolgt.

In Polen und am Dniestr ist die Lage unverändert. Aussehr! Aussehr mit eisernem Besen. Nach Lemberg's Fall sollte die Leitung der russischen Kirche Galiziens nach Brody an der russischen Grenze verlegt werden. Soeben ist aber dem berichtigten Bischof Enlogiusz omilich mitgeteilt worden, er solle das neue galizische Bistum noch weiter nach Schitomir im Gouvernement Wolhynien verlegen und sich ebenfalls den Weg nach Kiew offen halten. Aus dieser Mel-dung ergibt sich, daß auch Schitomir als kriegsbedroht be-trachtet wird.

Die russische Darstellung.

Die letzte Mitteilung des Großen Generalstabes besagt: Am linken Weichselufer dauerte der hartnäckige Kampf in der Gegend von Opatow während der ganzen Nacht zum 27. Juni an. Das Ergebnis war, daß der Feind überall mit großen Verlusten zurückgeworfen wurde. Besonders die Angriffe des Feindes gegen den Flecken Gliniow, wo wir bei unseren Gegenangriffen Gefangene von allen Regimentern der 4. österreichisch-ungarischen Division machten, zeichneten sich durch besondere Hartnäckigkeit aus. Auf seine Anfangs-stellung zurückgeworfen, blieb der Feind am folgenden Tage ganz untätig. Der Vorstoß des Feindes auf Tomaszow und Kamionka dauert fort. Der unsern Rückzug auf Gnita-Lipa am 26. Juni auf der Front Bukaczewo-Galicz warfen wir erbitterte Angriffe starker deutscher Streitkräfte erfolg-reich zurück. An den anderen Fronten keine wesentliche Ver-änderung.

Einkaufung der Duma.

Der Pariser „Gerald“ berichtet aus Petersburg: Die Duma ist für die dritte Juliwoch einberufen.

Russische Finanzschwierigkeiten.

Petersburg, 29. Juni. (B. V. Nichtamtlich.) Die Staatsbank hat eine Vorchrift erlassen, Gold nicht mehr in Umlauf zu bringen, sondern der Staatsbank zuzuführen.

Petersburg, 30. Juni. (B. V. Nichtamtlich.) Eine kaiserliche Verordnung ermächtigt den Finanzminister, kurz-fristige Staatscheine für 50 Millionen Pfund Sterling auf dem Londoner Markte zu begeben.

Lemberger Zustände.

Der „Köln. Zig.“ wird von ihrem Kriegsberichterstatter ge-schrieben: Die Erinnerungen an die Russen sind von der üblichen Art. In den ersten Wochen mit Erwartungen; das bedeutendste Stück an Verkommenheit leisteten die für die Schanzarbeiten vor Lemberg verantwortlichen Beamten. Die von Graf Bobrinski schon im Februar angewiesenen Schanzarbeitgeber waren im Mai noch nicht ausbezahlt. Statt Geld gab man den Leuten Tee. Um Arbeit zu bekommen, war man auf das sonderbare Vordrängen der Ver-anstaltung von Plakmüssen verfallen. Bei sich zeigte, wurde fort-geschleppt. Es zeigte sich bald niemand mehr, auch nicht, als man zur Hebung der Stimmung Ruff machte. Die Stimmung war seit der Karpathenschlacht gedrückt. Unmengen von Truppen waren hinausgezogen, sehr wenige waren zurückgekommen. Die russischen Kaufleute, welche die Armee zu versorgen pflegen, machten in Lem-berg kein Geschäft aus der furchtbaren Niederlage. Auch sonst war man in Lemberg über den Abzug der Russen unterrichtet. Lem-berg lag den Russen sehr am Herzen. Sie hatten verrückt, was anging, oder wenigstens den Versuch dazu gemacht; sie hatten die öffentlichen Schulen gesperrt, duldeten nur Privatschulen, die das Russische als Zwangsunterricht aufnehmen mußten, und überall wurden russische Infanterien angebracht. Als man vor Lemberg wieder die Kanonen hörte, reisten die Petersburger Lehrer ab. Das Hauptquartier reiste Monka, dann ging am Dienstag auch Scher-metjew fort, der mildere Nachfolger des Gouverneurs Bobrinski. Am Sonntag war es noch zu gebildeten Kosakenausreitungen gekommen. Sie plünderten die geschloffenen Wäden. Vor den dies-mal bewaffneten Juden liefen sie davon, sie zündeten den Bahnhof, Post, Ställe und eine Kaserne an; die Ställe und die Post blieben indessen erhalten. Razzias in solcher Form, Beschlagnahme von Häusern waren an der Tagesordnung, wertvolle Woh-nungseinrichtungen wurden, wie überall so auch hier, selbst von den höchsten Offizieren fortgeschleppt. Inwanzigtausend Men-schen hat man zum Schluß noch nach Rußland verschickt. Die Truppen verlassen Lemberg heimlich und über die Heber. Raum waren sie fort, so kamen aus allen Winkeln Gefangene, ver-borgen gehaltene Österreicher und Ungarn hervor.

Vom Unterseeboots- und Handelskrieg.

London, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Londons Agentur meldet aus Milfordhaven: Die britische Post „Dumfriesshire“ ist Montag morgen 25 Meilen südwestlich Smalls torpediert worden. Die Besatzung wurde mittags in Milfordhaven gelandet.

Englischer Flaggenschwindel.

Amsterdam, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Aus Boston wird vom 9. Juni gemeldet: Der britische Leyland-Dampfer „Colonial“ führte nach der Aussage des Kapitäns 40 Stunden lang die Flagge der Vereinigten Staaten zum Schutz gegen Unterseeboote. Das Schiff begegnete am 30. Mai einem englischen Patrouillenboot, das ihm befohl, entweder die neutrale Flagge oder gar keine zu führen. Der Kapitän hißte sofort die Sterne und Streifen auf solange, als er durch die Kriegszone fuhr.

Amerika gegen England.

London, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Morning Post“ meldet aus Washington: England muß sich darauf vorbereiten, daß die Forderung auf eine Erleichterung der Blockade Deutschlands von Amerika erhoben wird. Die an England zu richtende Note wurde nur aufgeschoben. Es wird ein Druck auf das Staatsdepartement ausgeübt, die Note möglichst energisch zu halten und das Recht der Amerikaner zu betonen, Güter aus Deutschland zu beziehen. Die amerikanischen Importeure haben gestern eine Abordnung nach Washington geschickt, um dem Staatssekretär ihre Beschwerden zu unterbreiten. Sie sagten ihm, daß die britische Beschränkung der deutschen Einfuhr ihnen schwere Verluste gebracht hätte, und forderten freie Schifffahrt mit konterbandfreien Gütern nach und von Deutschland durch neutrale Länder. Die britische Blockade könne nicht als rechtmäßig betrachtet werden, da sie nicht effektiv sei, denn Schweden könne Verkehr mit Deutschland unterhalten. Entweder müsse die unterschiedliche Behandlung Schwedens aufhören, oder die Amerikaner müßten dieselben Rechte genießen. Die Importeure teilten nach ihrem Besuch im Staatsdepartement mit, daß Staatssekretär Lansing erklärte, der Präsident und er seien entschlossen, die Importeure zu unterstützen, damit sie ihre Rechte gemäß dem Völkerrecht und den Staatsverträgen geltend machen könnten.

London, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Times“ melden aus New York: Eine Abordnung amerikanischer Importeure beschränkte sich bei dem Staatssekretär, daß deutsche Güter im Werte von zehn Millionen Pfund in Rotterdam liegen, deren Ausfuhr nach Amerika England verbietet, obwohl es nicht Bannware sei.

Erdrosselung skandinavischer Interessen.

Kopenhagen, 30. Juni. (D. D. P.) Die dänischen Baumwollspinnereien erklärten förmlich, ihre Betriebe in den nächsten Tagen einstellen zu müssen, falls England das Ausfuhrverbot für Baumwolle und Baumwollgarne aufrecht erhält. Dänemark hat keinerlei Reserven an Rohbaumwolle. Mit der Stilllegung der dänischen Baumwollindustrie werden 70 000 Arbeiter brotlos.

Stockholm, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die schwedische Presse zeigt sich beunruhigt über die Pläne von England betreffend eine sichere Kontrolle des schwedischen Handels. Nach allem zu urteilen, beabsichtigt England nach holländischem Muster, die Schaffung eines großen kapitalistischen Importtrusts für die skandinavischen Länder, der ein vollständiges Monopol für allen Import erhalten und dessen Tätigkeit von englischen Vertrauensmännern kontrolliert werden soll, während der betreffende Staat die freien übernommenen Verpflichtungen der Geschäftshäuser des Landes, insbesondere Waren nicht nach England feindlichen Staaten zu exportieren, zu garantieren hätte. Während England in Dänemark und Norwegen dem Ziele nahe zu sein scheint, stößt es in Schweden auf größere Schwierigkeiten. „Nya Dagbladet“ bekämpft in einem Leitartikel den Plan als durchaus unannehmbar und als einen Eingriff in Schwedens Unabhängigkeit, wodurch das ganze Geschäftsleben unter englische Oberhoheit gebracht würde. Das Blatt fordert ein Rückgrat und festhalten an dem Recht und der Unabhängigkeit des Landes.

Kleines Geniellon.

Moderne Amazonen.

Ein Berichterstatter neutraler Blätter plaudert im „Argentinischen Wochenblatt“ vom 24. April amüsant und boshaft über die Frauenarmee, die aus England nach Le Sabre sich einschiffen ließ. Ritchener hat diesen Unfug zugelassen natürlich nicht in der Erwartung, die Weiberkompagnien würden ein Zuwachs an Kampfeswert für das englische Heer sein, sondern weil er erwartete, die Männer würden sich ein Beispiel daran nehmen. Der Schilderter erzählt nun, sicher etwas übertreibend, vom Einmarsch in Le Sabre:

„Das neue englische Soldatenweib wirkt unüberwindlich schon dadurch, daß sie eine furchtbare ernste Miene aufsetzt, während alles an ihr, vom Scheitel bis zur Sohle, die Locken des Beschaüers in frampfhafter Spannung hält. Dieses Weib will auch ernst genommen sein und könnte doch durch sein bloßes Erscheinen einen Toten zum Leben erwecken. Die Uniform, die Waffe, die Haltung, die Geste, der strahlende Blick, alles ist Kassenreife und scheint wenigstens auf eine solche hinzudeuten. Natürlich ist es Abaki. Das wäre vernünftig gewählt, wenn der Schnitt der Uniform nicht einen Anlaß zur Verlesung machen wollte. Ich verstand heute früh nicht, warum es allen Zuschauerinnen, die sich zur Begrüßung der weiblichen Soldaten eingedrungen hatten, verboten wurde, mit photographischen Apparaten vorzutreten. Als aber die ersten Kampfmänner in Sicht waren, war das Rätsel gelöst. In diesem Aufzug... Ein homerisches Gelächter empfing sie, denen die stürmische Meeresfahrt den letzten Rest holder Weiblichkeit schadensfrei die Häufigkeit grauen, in Abaki gehüllten Glanz. Oder besser gesagt: ließ es noch in grelleren Farben leuchten. Nicht mühte es sich, wenn Ritcheners weibliche Sendlinge in die Erscheinung treten. Die Mehrzahl der Uniformen scheint nach einem einzigen Modell gearbeitet zu sein, das eine sichtbare Hülle des Körpers aufzuweisen hatte. Von den 508 weiblichen Soldaten aber waren mindestens 400 spindeldürr, altjüngferlich aussehende Gestalten, die mit der Silbte des sie umhüllenden Stoffes ganz leidlich ausgekommen wären. Jedenfalls sind die Uniformen in der Mehrzahl der Fälle auf „Büchse“ berechnet. Die deutschen Reform-

Amerika an Deutschland.

Washington, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Neutheaters Bureau. Das Staatsdepartement veröffentlicht den Text der Note, die am 24. Juni an die deutsche Regierung geschickt worden ist. Die Note ersucht Deutschland um Aufhebung der Weigerung, in direkte diplomatische Verhandlungen über die amerikanischen Ansprüche wegen der Versenkung des Dampfers „Frye“ einzutreten. Sie erklärt, daß Deutschland die Verantwortung für die Versenkung anerkennt, so sei eine Verhandlung vor dem Briffengericht nicht nötig. Die Vereinigten Staaten fühlen sich an dieses nicht gebunden und weigerten sich, den Standpunkt einzunehmen, daß Deutschland das Recht habe, die Verfrachtung von Konterbande auf amerikanischen Schiffen dadurch zu verhindern, daß es die Konterbande und das Schiff, das sie führt, zerstöre.

Deutsches Entgegenkommen an die Schweiz.

Berlin, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Durch Verordnung des Bundesrats vom 7. August 1914 und die zu dieser Verordnung ergangenen Nachträge ist es den im Auslande wohnenden Personen bis zum 31. Juli 1915 unterlag, Vermögensrechtliche Ansprüche, die vor dem 31. Juli 1914 entstanden sind, der inländischen Gerichten geltend zu machen. Der Reichsminister ist ermächtigt, Ausnahmen von diesem Verbot zuzulassen. Nachdem auf Grund dieser Ermächtigung schon früher eine allgemeine Ausnahme in dem Verhältnis zu Österreich-Ungarn zugelassen ist, sind die Befreiungen der Nichtverfolgung nunmehr auch im Verhältnis zur Schweiz durch Anordnung des Reichsministers vom 25. Juni allgemein außer Kraft gesetzt worden. Die Anordnung gilt zugunsten von natürlichen Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, sowie juristischen Personen, die dort ihren Sitz haben. Angehörige Englands, Frankreichs und Nordlands sind von dieser Vergünstigung ausgenommen.

Fliegerbesuch in Friedrichshafen.

Stuttgart, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Das Württembergische Kriegsministerium teilt mit: Am 27. Juni um 10 Uhr 30 Min. vormittags näherte sich ein französischer Doppeldecker von Konstanz der Friedrichshafen. Schon beim Anzuge wurde er heftig von Artillerie beschossen. Er setzte infolgedessen den Flug nicht dicht über Friedrichshafen fort, sondern machte eine Schleife über das Seeufer westlich der Stadt, wobei er drei Bomben, die feinerlei Schaden anrichteten, abwarf. Eine fiel in den See bei Mangell, die anderen in das Gelände zwischen Schneckenhausen-Waggershausen und das Seeufer. Nach dem Abwurf der letzten Bombe entzog sich der Flieger dem Artilleriefener durch seinen Wegflug in der Richtung auf Konstanz. Die aus Schweizer Zeitungen zu entnehmen ist, mußte er später auf Schweizer Boden landen, wo er festgenommen wurde.

Eine Antwort aus Italien.

Der Aufruf der drei Genossen Bernstein, Gaaße und Kautsky hat italienischen bürgerlichen Blättern Hoffnungen gemacht auf die Ueberwindung Deutschlands. Der Mailänder „Secolo“, der nicht bloß das Organ der radikal-bürgerlichen Partei der Lombardie ist, sondern auch Beziehungen zu dem rechten Flügel der italienischen Sozialisten unterhält, läßt sich also vernehmen:

„Eduard Bernstein, Hugo Gaaße und Karl Kautsky, was sagen will, drei Leuchten des großen Sozialismus des großen Deutschlands, haben ihre Gedanken über die Stunde der Entscheidung kundgegeben. Ein gutes Zeichen! Nach unserem Dafürhalten ein Zeichen dafür, daß Deutschland müde ist. In der Tat ist es das erste Mal, seit der Krieg ausgebrochen ist, daß in einer deutschen sozialistischen Zeitung, ohne Intervention der Schere des Jenseits, eine Kundgebung lebendig und wirksam herauskommt, in welcher die Notwendigkeit eines Friedens auf der Basis freier ökonomischer Umadungen diskutiert wird. Wie weit scheinen jetzt die Tage, in welchen der Kaiser, mit latter Stimme Gott anrufend, das deutsche Schwert zog und das Unversum bedrohte! Damals war nur eine Stimme in Deutschland, jene des Kaisers. Jetzt schweigt der Kaiser, und die Sozialisten reden. Ein sehr gutes Zeichen! Aber einzig und allein deswegen, weil es ein Zeichen ist, daß in der deutschen Welt nur wenige sich noch darüber täuschen können, daß sie mit den Waffen zu siegen vermöchten. Mithin ist der Traum des Unversorglichen, mit glücklichen diplomatischen Manövern, so kommen die Revisionisten und die Margisten zum Vorschein, um ihre schöne

röde seligen Andenkens waren dagegen noch die unverfälschten Muster pariserischer Ueberlegenheit.

Auch der Sozial fehlt nicht. Nicht alle tragen ihn sichtbar. Einige begnügen sich mit einem Jagdmesser, andere mit Säbelschneidern in feinen Futteralen, die ebendenn wohl als Kompagnie ein friedliches Dasein geführt haben mögen. Kein Kampfmesser aber mag den Schießprügel entbehren. Fragt man mich nach dem Alter der Amazonen, so komme ich als galanter Mann in Verlegenheit. Möglichen, daß die Jüngsten noch zu Hause auf den Appell wartet und für ihren Beruf an der Front gedrillt wird. Was wir hier in Le Sabre zu sehen bekommen, ist bis auf wenige Ausnahmen aus dem „Mittelalter“ längst heraus. Deutschen Frauen sei zur Verhütung noch mitgeteilt, daß keine ernstliche Gefahr einer Verführung für den Fall, daß die deutschen Soldaten mit diesem neuen Feinde Bekanntschaft machen, besteht.“

Ein Ueberflauer.

Der „Hannoversche Courier“ erzählt von einer Pferdemusterung folgendes lustige Geschichtchen: Es waren ein paar wunderschöne Pferde, und der Pferdehändler M. hätte sie gar zu gern für sich behalten. „Ich frage doch längst nicht den Preis, den sie wert sind, wenn sie gemustert werden.“ Und so überlegte er jeden Tag, wie er seine beiden Bräunen vor Schrapnell und Granaten bewahren konnte.

Erster Ausmusterungstag. M. sieht sich die angekommenen Pferde der Reihe nach an. „Du“, sagte er zu einem bekannten Bauern, „ich gebe dir ein gutes Trinkgeld, wenn du dein Pferd zum zweiten Male vorführen läßt.“ Es geschieht, und die Sache klappt: Die zum zweiten Male vorgeführten Pferde des Bauern werden für die des schlaun Pferdehändlers gehalten. M. zieht frohen Serzens mit seinen gewissermaßen neuerhandenen Lieblingen nach dem heimlichen Stalle. Weib und Kind sind voll der Bewunderung über das Genie ihres Ernährers.

Zweiter Ausmusterungstag. M. begt Bedenken, ein zweites Mal die gleiche Sache zu versuchen. Er macht es anders: „Herr Leutnant, es hat gar keinen Zweck, daß ich meine Pferde vorführe, das eine ist dumm und das andere hat einen Kropf.“ So sagt M. zu der musternenden Militärperson. „Ja, aber sehen müssen wir die Pferde.“ Schweren Herzens führt der Händler seine Lieblinge vor. „Die Pferde sind gut, und wir können sie gebrauchen.“ M. hört es

alle Stimme hören zu lassen. Wir haben es vorausgesehen — leichte Prophezeiung — dieses verflüchtete rote Pronunciamento. Aber wir glauben, daß es notwendig ist, sich davon nicht führen zu lassen. Der furchterliche Krieg kann nicht anders enden, als mit der Niederlage des deutschen Militarismus und aller jener, die durch ein halbes Jahrhundert den furchterlichen internationalen Haß gepflegt haben. Sonst würden wir in einigen Jahren wieder am Anfang sein, erst mit den Kriegen und dann mit den Maffies, mit den Kinderverkrümmlungen, mit den giftigen Gasen. Ansonst würde die Gefahr bleiben und sich verschlimmern. Jetzt kann der friedliche sozialistische Aufruf nur als ein Symptom betrachtet werden. Protokollieren wir ihn, aber nur, um ihn in der Dokumentenmappe aufzuheben.“

Diese Antwort aus Italien klingt garnicht wie ein Entgegenkommen. Das Blatt und sicher auch Politiker und Heerführer im ganzen feindlichen Ausland schöpfen Hoffnungen aus den Parteilungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Man sieht bereits die deutsche Einigkeit in Brüche gehen und mit ihr die Kraft der deutschen Heere weichen. Aber wenn auch ein Duzend solcher Bekundungen vorläge, so käme es doch darauf an, ob nicht auch andere Wirkungen ausgelöst würden. Mit anderen Worten: die Aufspaltung der Kampfesenergie beim Feind wird wettgemacht, wenn der Aufruf entsprechend starke Kräfte für den Frieden auslöst. Wir hatten dessen, daß diese Wirkung eintritt. Bleibt sie aus, dann freilich würden Saase und Genossen ruhig bekennen müssen: Wir haben gefehlt, es sind wirklich noch harte Kämpfe nötig, um beim Feind den Friedenswillen zu erzwingen.

Zugewiesen wollen wir jedoch dessen bewußt sein, daß deutsche bürgerliche Blätter den Vorwand unserer Partei seines Aufrufs wegen der gleichen Schuld wie Saase ziehen. Da und dort gleiche Schuld oder gleiches Verbrechen, wie einer es nun nennen mag, wenigstens in dieser einen Beziehung. Sollten daraus nicht beide Teile entnehmen, daß sie doch zusammengehören? Und werden beide Teile nicht auch geradezu zusammengeknüpft? Denn es ist ja ganz und gar nicht so, wie das Mailänder Blatt sagt, daß die „Schere des Jenseits“ nicht „interferiert“ hat. „Reiniger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ wurden gleichmäßig gemahngelt, und einer Anzahl Parteiblätter in der Provinz wurde der Abdruck des einen wie des anderen Aufrufs unterlag.

Das Vorstehende ist gestern gesagt worden. Heute finden wir in der „Frankf. Ztg.“ die folgenden Meldungen aus Chiasso: Die italienische Presse hat über den Friedensaufruf der deutschen Sozialdemokratie einen Buntanfall bekommen. Der sozialistische „Popolo d'Italia“ (das ist Mussolinis mit englisch-französischen Geldern gegründetes Heftblatt, Red. d. „V.“) bezeichnet ihn als letzte Hinterlist der deutschen Sozialdemokratie und fordert, man solle diesen jesuitischen Friedensvorschlag mit dem Rufe beantworten: „Krieg bis aufs Messer, delenda Germania“. Der „Corriere della Sera“ vergleicht den sozialdemokratischen Aufruf mit dem angeblichen Verhalten deutscher Soldaten, welche ihren Feind, wenn sie ihn als stärker erkennen, Kamerad nennen. Als Friedensgrundlage könne nicht der deutsche Verzicht auf Vergrößerungen, sondern nur die Gemüthsheit dienen, daß der pantagruellische Ränderbinger der Deutschen nicht ferner die anderen Völker bedrohen könne. — Das sozialistische Zentralorgan „Avanti!“ faßt die Kundgebung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie als ein Symptom für das Friedensbedürfnis der Volksmassen auf, das nicht mehr von der Bourgeoisie unterdrückt werden könne.

Türkenkämpfe.

Konstantinopel, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront griff der Feind am 28. Juni nachmittags bei Ari Burnu nach heftigem Artilleriefener dreimal unseren linken Flügel an, wurde aber jedesmal mit außerordentlichen Verlusten zurückgeschlagen, ohne einen Erfolg zu erzielen. Bei Sedd-il-Bahr griff der Feind, nachdem er in der Nacht vom 27. zum 28. Juni bis zum Morgen unsere Schützengräben auf dem rechten Flügel mit schwerer Artillerie beschossen hatte, am 28. Juni morgens diesen Flügel an. Wir waren ihn durch unseren Gegenangriff zurück. Auch durch seine in derselben Nacht

wie die Bosanzen des Jüngsten Gerichts, aber er kniet ganz zusammen, als der Leiter des Musterungsgeschäfts fortfährt: „Wir hätten Ihnen für die Tiere 3000 Mark gegeben, aber da Sie so aufrichtig sind und sagen, das eine Pferd sei dumm und das andere habe einen Kropf, was aber gar nicht auffällt, so können wir Ihnen nur 1750 Mark bewilligen.“

Ein gewecktes Schulmädchen.

(Aus der Rannheimer „Volksstimme“.)

„Von der Schule ging ich heim, vorüber am Militärkasern. Da standen Soldaten. Einer gab mir Geld mit dem Auftrag, ich solle ihm 18 Zigaretten holen. Gleich um die Ecke wohnt der Zigarettenhändler Sch... Zu dem ging ich. Er gab mir die verlangten Zigaretten, ich ihm das Geld. Es waren aber nur 17 Pfennig. Verloren hatte ich den einen fehlenden Pfennig nicht, einen solchen aber auch nicht im Besitz, um ihn drauflegen zu können. Und so nahm mir der Kaufmann wieder eine Zigarette weg, weil der Pfennig fehlte. Ist das nicht arg ungerecht? Ich bin doch nur ein armes Mädchen, der Kaufmann aber, der so viel Geld von den Soldaten verdient, der hätte doch auf dem Pfennig nicht zu bestehen brauchen. Die „Volksstimme“ muß das veröffentlichen, damit unsere armen Soldaten mehr geachtet werden.“

So redete mich eine 12jährige Volksschülerin in einem Atemzuge an. Total in Flammen vor innerer Erregung stand sie vor mir. Ungefähr so, wie ein Wildbach nach einem Wolkenbruch den Berg herunterstürzt, war sie heringestürzt gekommen in die Redaktionskammer — mit ihrem großen Erlebnis.

Sie war da, unverhofft; sie forderte die Erfüllung ihres Verlangens mit einer verblüffenden Sicherheit in Ton und Gebärde. Es war zu köstlich...

„So ein Fall aber, liebes Mädchen, muß wohlwogen werden. Du hast 17 Pfennig gehabt. Jede Zigarette kostet einen Reichspennig, dein Geld reichte infolgedessen nur für 17 Stück. Gegen den Kaufmann dürfen wir also nichts schreiben, denn er ist doch in seinem Recht. Gätte dieser die 18. Zigarette dreingekommen, so wäre das sicherlich recht schön gewesen, verpflichtet dazu war er aber nicht. Das siehst du doch wohl ein?“

So antwortete ich, nachdem ich mich von der ersten Ueberzeugung erholt hatte. Ich glaube absolut überzeugend nachgewiesen zu haben, daß der Fall sich nicht zu einer Besprechung in der Zeitung eigne. „Wein für „juristische Debatten“ hatte mein Besuch gar kein Verständnis.

gegen unseren linken Flügel gerichteten Angriffe erzielte der Feind keinen Erfolg. Am Nachmittag verlor der Feind gegen unser Zentrum einen Angriff, der leicht zurückgeworfen wurde. Wir eroberten durch einen Gegenangriff zwei Linien Schützengraben. Unsere anatolischen Batterien nahmen wirksam an dem Kampf auf dem linken Flügel bei Sedd-ul-Bahr teil und trugen beträchtliche Erfolge davon, indem sie dem Feinde schwere Verluste zufügten. Diefelbe Batterie brachte feindliche Batterien auf der Spitze von Telle zum Schweigen. Unsere Flieger warfen mit Erfolg Bomben auf den feindlichen Flugplatz auf Demos. — Auf den übrigen Kriegsschauplätzen hat sich nichts Bedeutendes ereignet.

Stockholm, 29. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Major Prabis von der schwedischen Gendarmrie in Västern, der gestern hierher zurückgekehrt ist, berichtet in „Stockholms Dagblad“ vom 29. Juni, daß die Nachrichten, die über die türkischen Kriegsoptionen in Asien nach Europa gelangt sind, sehr unvollständig seien. So sei zum Beispiel in Europa niemals bekannt geworden, daß ein ganzes englisches Regiment von den Türken bei Alwas an der persischen Grenze dadurch vernichtet wurde, daß es auf einen unermessenen Landstreifen gelockt wurde, wo es vollständig vertrieben wurde.

Petersburg, 29. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Bericht der kaukasischen Armee vom 28. Juni. Im Küstengebiet verdrängten die Türken einen Angriff auf unsere linke Flanke, aber ihre Vorstöße wurden abgewiesen. In der Richtung auf Oltu in der Gegend von Tortum und Sefia versuchten die Türken eine unserer Kompanien anzugreifen, wurden aber zurückgeworfen. Am Geidbaggebirge näherten sich die Türken unter dem Schutze des Nebels unseren Gräben auf 800 und später auf 300 Schritte, sie wurden aber durch unser genaues Feuer zurückgeschlagen und zogen sich unter großen Verlusten zurück. Bei Geidbag wurden mehr als 1000 türkische Leichen gefunden. In der Richtung auf Melagerst hatte eine unserer Abteilungen, die von Artak vorangegangen war, einen Zusammenstoß mit Kurden, gestreute sie und nahm den Kommandanten des 15. türkischen Regiments gefangen. Auf der übrigen Front keine Veränderung.

Verbote, Verbote!

Ein Tag bringt drei Verbote. Wegen Mißbrauchs des Aufrufs „Sozialdemokratie und Frieden“ wurden verboten: die „Königsberger Volksztg.“, „Görlicher Volksztg.“, „Medlenburgische Volksztg.“ in Rostock. Das Görlicher Blatt war unmittelbar zuvor von der Zensurur freigegeben worden, sonst hätte es, wie es einer Anzahl anderer Parteiblätter erging, den Aufruf überhaupt nicht bringen können.

So leben wir vor der Tatsache, daß eine amtliche Kundgebung der größten Partei, der Partei, deren aufrichtige und energische Eingabe an den Kampf zur Verteidigung des Vaterlandes unentbehrlich, der Mahnung verfallt.

Begründung: Die Veröffentlichung ist geeignet, „die Einigkeit des deutschen Volkes zu stören und den Eindruck zu erwecken, als ob unser Wille zum Siege schwankend geworden sei.“ So heißt es mündlich in dem Königsberger Verbot.

Das Wahlrecht im sächsischen Landtage.

In der letzten Sitzung der zweiten Kommission der zweiten Kammer wurde abermals über den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Wahlrechtsantrag verhandelt. Die Regierung lebte schriftlich und mündlich eine sachliche Erklärung zu dem Antrage ab: sie halte im gegenwärtigen außerordentlichen Landtage den Antrag zur Verhandlung nicht geeignet. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen. Der konservative Berichterstatter beantragte schließlich, der Regierung entgegenkommend, nicht weiter auf den Antrag einzugehen. Ein dahin gehender Beschluß wurde gegen die Stimmen der 6 sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder gefaßt, die sich einen Minderheitsantrag für die Schlussberatung in der Kammer vorbehielten. Von unseren Genossen wurde nun beantragt, für die nächste Wahl im Jahre 1917 die Bestimmung aufzuheben, wonach nur wählen kann, wer Einkommensteuer bezahlt. Die Abstimmung darüber wurde ausgesetzt.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Das Oberkommando in den Marken veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend ein Verbot für Baummüllstoffe. Es dürfen infolgedessen vom 1. August 1915 bis auf weiteres als nachstehend aufgeführte, ausschließlich oder vorwiegend aus Baummüllstoffe zu fertigende Web- und Webwaren nicht mehr hergestellt werden: Stoffe für Leib- und Bettwäsche, Stoffe für Haus- und Tischwäsche, Kleider- und Futterstoffe, Stoffe für Inneneinrichtung, Stoffe für technische Artikel, Bänder, Rigen, Riemen, Gurte, Befestigungsartikel, Posamenten und Webwaren jeder Art. Ferner erfolgt eine Bestandsaufnahme und eventuelle Beschlagnahme von Chemikalien verschiedener Art, darunter Salpeterminerale, Salpater, Salpeterminerale, Salpeterminerale. Die Strafkammer in Königs hat den Besitzer Stodolski aus Trostnowe zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er monatelang seine Pferde mit Roggen fütterte, dem Mann müßten

„Nein, das versteht sich nicht! Der arme Soldat wollte 18 Zigaretten haben für sich und seine Kameraden. Diese haben doch so viel gelitten für uns. Gätte ich Geld gehabt, dann würde ich 18 und nicht 17 Zigaretten gebracht haben. Denn soviel brauchten die Verdammten. Der Zigarettenhändler... hat viel Geld und der hätte mir die eine Zigarette nicht wieder zurücknehmen brauchen. Arm wäre er dann nicht geworden. Viele Soldaten starben fürs Vaterland, viele andere blieben für ihr Leben lang Krüppel und der Sch... will nicht einen Pfennig opfern, um unseren kranken Helden eine Freude zu machen. Der gehört doch in die „Volksstimme“!“

Ich war platt, wie man so zu sagen pflegt. Denn eine Moral hat diese kleine Geschichte. Als der Krieg begann, da flossen die Liebesgaben für die Verteidiger des Vaterlandes in Hülle und Fülle. Rängt jedoch begannen die Hände des freiwilligen Liebeswerkes einzutrocknen, nur noch Tropfen gleich sollen die freien Gaben von den Tischen der Träger von Besitz und Vermögen. So verfliegt eine Begeisterung um die andere. Und bald sieht sie wieder vor uns, diese runde Mühseligkeit, die auch innerhalb des Kreises der Menschen mit gleicher Sprache so tiefe Wunden zu schlagen weiß.

Darum erinnere mich das Schulmädchen. Und ich muß gestehen, ich war entworfen. Ich versprach, dem Falle meine Aufmerksamkeit zu schenken.

Von dannen ging nun das Mädel. Mutig und stolz, mit leuchtenden Augen. Getragen von dem Gefühl menschlicher Solidarität.

viele Willensgründe zur Seite stehen, sonst wäre er nicht so billig dahingelommen.

Reuter vernimmt aus verlässlicher Züricher Quelle, daß die in Bern geführten diplomatischen Verhandlungen wegen eines Uebereinkommens mit den Alliierten über die Errichtung eines schweizerischen Einfuhrzolls zu einer Regelung der Einzelheiten führten. Die Ernennung der Direktoren werde der Bundesregierung überlassen bleiben.

Aus amerikanischen Zeitungen ergibt sich, daß der Pacific-Rail-Dampfer „Korea“, der am 5. Juni von Yokohama nach San Francisco abgegangen war, 76 Deutsche an Bord hat, von denen die meisten sich während der Belagerung in Tsingtau befunden haben und von den Japanern freigelassen worden sind. Unter ihnen befinden sich die Frau des Gouverneurs Meyer-Walbed, einige Militärärzte und Sanitätspersonal.

Einen tödlichen Unfall erlebte laut einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ der deutsche Militärattache v. Leipzig in Konstantinopel. Auf der Heimkehr von den Dardanellen wollte er sich in der Eisenbahnstation umkleiden. Als er die Kleidungsstücke aus dem Koffer nehmen wollte, rutschte sich sein Revolver. Die Kugel drang Herrn v. Leipzig in den Kopf und verletzte das Gehirn, so daß der Tod eintrat.

Sicherstellung der neuen Ernte.

Berlin, 29. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Einem Artikel der „V. J. am Mittag“ über die neuen Bundesratsverordnungen zur Sicherstellung unserer Ernte ist zu entnehmen:

Es bleibt grundsätzlich bei den Höchstpreisen, sowohl für Brotgetreide, wie für Futtermittel. Die Festsetzung dieser Höchstpreise erfolgt, wenn die Entwertung der Ernte übersehen werden kann; ebenso bleibt es bei der Beschlagnahme aller dieser Erzeugnisse. Die Beschlagnahme erfolgt diesmal zugunsten der Kommunalverbände, da dieses Jahr die ganze Ernte zu bewirtschaften ist, so daß eine Aussonderung des Saatgutes usw. nicht von den Zentralstellen erfolgen kann. Die Beschlagnahme durch die Kommunalverbände bedeutet gewissermaßen eine Entlastung der Kriegsgetreidegesellschaft und zugleich ein Entgegenkommen gegen die Produzenten. Im Effekt wird nichts geändert, da für die Kriegsgetreidegesellschaft und für die neue Reichsgetreidegesellschaft alle Handhaben und Sicherheiten gegeben sind, die eine prompte Ablieferung der angemessenen Qualität sicherstellen. Die Beschlagnahme bedeutet nur, daß eine Verpflichtung zur sorgfältigen Verwaltung und Verwertung übernommen wird. Das Getreide muß nach wie vor seitens der Kriegsgetreidegesellschaft beim Reichsgetreideamt gekauft werden, entgegnet werden. Die Kriegsgetreidegesellschaft und der Reichskommissar zur Durchführung der Verordnung vom 25. Januar nebst dem diesem beigegebenen Beirat werden zu einer dem Reichslangler unterstellten Reichsgetreidestelle mit behördlichem Charakter zusammengezogen. Das Reich tritt als Teilhaber der Kriegsgetreidegesellschaft mit einem gleichen Betrage wie Preußen ein; dadurch entsteht eine vierte Gruppe des Aufsichtsrates, deren Mitglieder der Reichslangler ernannt. Dadurch wird es möglich, die Landwirte in gleicher Stärke wie die Städte in den Aufsichtsrat zu berufen. Die Bundesstaaten können wie bisher Landesverteilungsstellen einrichten und werden es voraussichtlich alle tun. Das Verfügungsrecht für Roggen und Weizen wird aufrechterhalten, ebenso die Verfügung der Beschlagnahme für Hafer und Gerste. Reineingeführt werden soll eine Reichsfuttermittelstelle.

Die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Vereinigungen haben also im Organisationswesen einen beträchtlichen Erfolg erzielt. Nachdem das preussische Abgeordnetenhaus einstimmig seine bekannten Beschlüsse gefaßt hat, die beim Organisationswesen ähnliche Forderungen stellen wie die jetzt verabschiedeten, kann man aber nicht sagen, der Wille der arbeitenden Volksmassen werde dabei vergewaltigt. Wir wollen auch nicht verkennen, daß der hochverehrte Rat der Landwirte dort, wo die Vertreter der Konsumenteninteressen ihren Einfluß geltend machen können, förderlich wirken kann. Für Fehler, wie sie in der Kartoffelstrage gemacht worden sind, können künftig nicht die „Kartoffelprofessoren“ verantwortlich gemacht werden.

Die Reichsstelle für Kartoffelversorgung gibt bekannt, daß die Beteiligung an der Verarbeitung der Kartoffeln durch Stärkefabriken, Trocknungsanlagen usw. so stark wurde, und auch die Brennereindustrie so große Mengen Kartoffeln anforderte, daß die Reichsstelle weiteren Anträgen auf Zulassung von Kartoffeln zur technischen Verwertung nicht mehr entsprechen kann. Also es wird vom Ueberfluß getreitet, was gereit werden kann. Aber traurig ist, daß viele Gemeinden nicht die Lage auszunutzen und den Kartoffelpreis zu drücken verstanden.

Aus den neuen Bestimmungen

Sei nach dem „Berl. Z.“ das wichtigste wiedergegeben: Die neue Ernte an Weizen (Dinkel und Spelt) und Roggen — allein oder gemischt — wird zugunsten der Reichsgetreidegesellschaft beschlaggenommen. Sobald ein Kommunalverband als Selbstwirtschaftsverband anerkannt ist, stellt die Beschlagnahme in Höhe des Bedarfs dieses Kommunalverbandes zu seinen Gunsten.

Als Selbstwirtschaftsverband kommen in der Regel die preussischen Landkreise und diejenigen außerpreussischen Kommunalverbände, die diesen Landkreisen etwa entsprechen, in Betracht. — aber auch größere Städte mit ungenügenden landlichen Ueberflüssen, namentlich wenn sich bei ihrer Zusammenlegung Ueberfluß und Aufschubbedarf ungefähr ausgleichen. Sierdurch wird die Anerkennung von Verwaltungsbereichen, die über den Umfang eines Kreises hinausgehen, wie Regierungsbezirke, Provinzen, ganze Bundesstaaten als Selbstwirtschaftsverbände nicht ausgeschlossen, namentlich wenn in ihnen zur Durchführung der Selbstwirtschaft geeignete Organisationen bereits vorhanden sind.

Die Abteilung I der Reichsgetreidegesellschaft ist für alle öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben zuständig. Der Abteilung II liegen die Geschäfte der Kriegsgetreidegesellschaft ob, die sie gemeinschaftlich nach landwirtschaftlichen Grundrissen zu führen hat. Sie hat, soweit für die Bevölkerung nicht durch Selbstwirtschaftsverbände sichergestellt ist, das für die Ernährung der Bevölkerung erforderliche Getreide zu beschaffen, zu lagern und vermarkten zu lassen. Das Reich hat sie nach dem von der Abteilung I aufgestellten Verteilungsplan und unter landlicher Berücksichtigung der Wünsche der Kommunalverbände an die versorgungsberechtigten Kommunalverbände abzugeben. Die Abteilung II hat ferner alles für Meer und Mörte erforderliche Getreide zu beschaffen.

Die Abteilung II legt die Preise für das von ihr zu kaufende Getreide im Rahmen der Höchstpreisfestsetzung, sowie die Preise für Mehl, den Rohlohn, die Lagergelder usw. fest. Die gemeinnützige Eigenschaft der Geschäftsabteilung ist hierbei sorgfältig zu beachten; besonders sind bei Bemessung des Höchstpreises nur die tatsächlichen Selbstkosten zu berücksichtigen. Die Lager- und Mehlberträge sind so abzufassen, daß alle Mühlen gleichmäßig beschäftigt werden, wobei die Beschäftigung der Mühlen durch die Selbstversorger und die selbstwirtschaftlichen Kommunalverbände anzuschließen ist. Auch die die versorgungsberechtigten Kommunalverbände belegenden Mehlhöfen sind heranzuziehen, wenn nötig durch Vermittlung des Kommunalverbandes.

Die Reichsgetreidegesellschaft untersteht der Aufsicht des Reichslanglers.

An der Spitze der Reichsgetreidegesellschaft steht ein vom Reichslangler zu ernennender Präsident, dem auch der Vorsitz im Aufsichtsrat der Abteilung II zusteht. Sein Stellvertreter sollte landwirtschaftlich aus dem Ressort des Landwirtschaftsministeriums entnommen werden. Dem Präsidenten ist die erforderliche Anzahl von Verwaltungskräften und Hilfsarbeitern zur Seite zu stellen, die auch aus den Kreisen der landwirtschaftlichen und kaufmännischen Sachver-

ständigen, besonders auch aus Sachverständigen des Getreidehandels, zu entnehmen sind.

Für die Aufgaben der Abteilung I wird ein Beirat gebildet, der über sämtliche grundsätzliche und die sonstigen wichtigen Fragen grundsätzlich zu hören ist. Vorsitzender des Beirats ist der Stellvertreter des Reichslanglers, stellvertretender Vorsitzender der Präsident der Reichsgetreidegesellschaft. Die übrigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beirats werden vom Reichslangler aus den Mitgliedern des Bundesrats, sowie des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, des Deutschen Handelstages, des Deutschen Städtetages usw. berufen.

Das Stammkapital der Kriegsgetreidegesellschaft wird erhöht. Die beschlossene Erhöhung wird von landwirtschaftlichen Organisationen übernommen. Die landwirtschaftlichen Organisationen bilden eine Gruppe 4 (Landwirtschaft) im Sinne der Satzung.

Es ist dahin zu streben, daß eine Dreiteilung der Mitgliederzahl (Reich, Produzenten und Konsumenten je ein Drittel) erreicht wird.

Der Aufsichtsrat der Geschäftsabteilung (bisher Kriegsgetreidegesellschaft) besteht aus dem Vorsitzenden des Direktoriums der Verwaltungsbereiche als Vorsitzenden und 24 ordentlichen Mitgliedern, von denen 7 auf Reichs- und Bundesstaaten, 7 auf Landwirtschaft, 3 auf großgewerbliche Unternehmungen und 7 auf die Städte entfallen. Die 7 Vertreter der Städte und die 3 Vertreter der großgewerblichen Unternehmungen werden von den betreffenden Beteiligten der Gesellschaft benannt. Die übrigen Mitglieder ernannt der Reichslangler. Der Aufsichtsrat bestellt die Geschäftsführer, darunter einen Landwirt; die Bestellung bedarf der Bestätigung des Reichslanglers.

Die Reichsgetreidegesellschaft hat die Aufgaben mit Hilfe der Kommunalverbände für die Verteilung und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Vorräte zunächst für die Zeit bis zum 1. August 1916 zu besorgen.

Kriegstagung des Metallarbeiterverbandes.

Am Montag trat die Generalversammlung im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen; 101 Delegierte, 17 Bezirksleiter usw. sind erschienen. Verhandlungsgegenstand der Sitzung war die in der Eröffnungsrede derer, die ihr Leben in Feindeland gelassen haben. Er ist überzeugt, daß jeder Arbeiter aller Länder, der ins Feld gezogen ist, glaubt, seine ganze Kraft einzuwerfen zu müssen zur Verteidigung der Kultur seiner Vaterlande. Ob die Auffassung der Einzelnen richtig sei, werde die Geschichte zeigen. Der Krieg stelle die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Der Verband werde besonders dafür sorgen, daß den Kriegsbeteiligten der Lohn wird, der ihnen gebührt. Heute schlage für die Opfer des Krieges manches Herz warm, das später sehr kalt bleiben werde. Die Verpflichtungen, die der Staat gegenüber den Kriegsbeteiligten habe, müssen erfüllt werden, nicht als Wohltaten sondern als Recht. Die Befürchtung, daß die internationalen Beziehungen durch den Krieg abgebrochen würden, habe sich nicht erfüllt. Der Verband stehe mit den internationalen Freunden noch in Verbindung, die Beziehungen würden aufrecht erhalten. Daß der internationale Gedanke nicht nur ein leerer Wahn sei, gebe daraus hervor, daß während des Krieges sich dem Internationalen Sekretariat drei weitere Organisationen aus Amerika, Norwegen und Oesterreich angeschlossen haben. Das sei ein Beweis, daß trotz aller Verhöhnungen die Arbeiter klar erkennen, daß sie auch international zusammenarbeiten müßten. (Beifall.)

Vom neutralen und verbündeten Ausland sind trotz des Krieges Gäste anwesend, so von den Bruderverbänden in Oesterreich, in Ungarn, in der Schweiz, in Dänemark und in Schweden. In Ansprachen brüden sie die Grüße ihrer Kollegen aus.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt und ein Antrag der Statutenberatungskommission, der Bezüge auf jede Statutenberatung forderte, abgelehnt.

Hierauf erstattete der zweite Verbandsvorsitzende, Reichel, Stuttgart, den Vorstandsbericht. Er stellte dem eigentlichen Bericht Bemerkungen über den Krieg voran. Der uns auszunutzen Krieg sei auch heute noch ein Abwehrkrieg, wie Italien erneut gezeigt habe. Die Errungenschaften der Kultur zu verteidigen, liegt auch im Interesse der weiteren Fortschritt der Arbeiterklasse. Diese Stellungnahme habe nichts zu tun mit Chauvinismus. Das Ziel, die Organisationen auch während des Krieges intakt zu erhalten, wäre erreicht worden. Die Gewerkschaften hätten sich im Krieg als unentbehrlich gezeigt und besonders auf dem Gebiet der Arbeitslosenversorgung gegenwärtig gewirkt. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung hätten die Gewerkschaften im Verein mit dem Parteivorstand die Initiative ergriffen und die Führung übernommen. Die Forderung nach mehr Sozialpolitik müsse aber immer aufs neue erhoben werden. Reichel sprach dann die großen Bewegungen in der Geschäftsperiode: Werksarbeiterstreik und den Kampf bei Reich in Stuttgart. Er warte dabei vor Ueberhebung der eigenen Kraft und verlangt von einem Teil der Arbeiterpresse gerechtere Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit. Gegen die Abschneidung des Koalitionsrechts hätten die Gewerkschaften sich ernstlich wehren müssen. Diesbezügliche Versuche seien in bedenklicher Art angewachsen. Der Krieg habe die Gefahr einseitigen bei Seite geschoben; ob sie aber dauernd weg ist, ist eine andere Frage. Wir werden aber das Koalitionsrecht mit aller Entschiedenheit verteidigen. Die Einstellung militärischer sozialistischer Fortschritte und politischer Freiheit ist ein Gebot der Stunde. Das Ansehen Deutschlands im Ausland kann nur gehoben werden durch die Durchführung sozialer Reformen wirtschaftlicher und politischer Art. Diese sozialen Reformen sollen jedoch kein Geschenk sein; wir sind uns wohl bewußt, daß sie nur in energischem Kampfe erreicht werden können. Die Stunde muß ausgenutzt werden, um das Volk für diese Reformen zu gewinnen. Bei diesem liegt die Entscheidung für unsere Zukunft!

Reichel geht dann auf die politische Erklärung der Gewerkschaften ein. Derartige Verfügungen sind ja zurückgenommen worden. In der Art der Zurücknahme liegt aber keine genügende Garantie für die Zukunft. Die Regierung hätte die Ueberzeugung bekommen müssen, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine sind und sein wollen, daß ihre Aufgaben auf rein wirtschaftlichem Gebiet liegen. Den Burgfrieden lassen wir nicht so auf, daß wir alles, was die Regierung und die Unternehmer tun, für gut befinden und schlucken müssen. Die Einhaltung des Burgfriedens legt voraus, daß man die Rolle der Arbeiter nicht ausniht, ihnen die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht verweigert. (Zustimmung.) Wir können nicht zulassen, daß durch den Krieg eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eintritt. Eine Verschlechterung ist aber, wenn die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise notwendige Lohnerhöhung abgelehnt wird und wenn die Unternehmer nach dem Kriege die Löhne wieder zurückschrauben wollen. Wir müssen darum alles tun, um die Organisation schlagfertig zu erhalten. Zur Schließung von gewerkschaftlichen Streitigkeiten hätte die Regierung Kommissionen einsetzen müssen, damit die Zwangslage der Arbeiter nicht ausgenutzt wird. Die Regierung hätte auch schärfere und zweckmäßigere Maßnahmen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung treffen müssen; sie hat hier versagt. — Der Redner verteidigt nun die vom Vorstand des Kriegsausschusses getroffenen Maßnahmen, Aufhebung der Arbeitslosenversicherung usw. und verbreitet sich über weitere Einzelheiten im Verhandlungsleben, die wir im Vorbericht schon besprochen haben. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Beim Monatswechsel

wollen unsere Genossen und Freunde wiederum fleißig neue Abonnenten werben. Probe-Nummern auf Wunsch gratis.

Frankfurter Stadtverordneten-Verammlung.

Frankfurt a. M., 29. Juni.

Vorsitzender Dr. Friedleben widmete vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Kollegen Trauer einen warmen Nachruf. Die Stadt habe einen Bürger von seltener Pflanz verloren.

Die Einführung und Verpflegung des neu gewählten unbeforderten Stadtrats Dr. Schloffer erfolgte durch den Oberbürgermeister Boigt, der kurz nachmals des verstorbenen Stadtrats Dr. Kirchheim gedachte und ihn als tüchtigen und charaktervollen Mitarbeiter rühmte. Mit Genehmigung erfüllte es den Magistrat, daß ein vielbeschäftigter Arzt als Kirchheim Nachfolger gewählt worden sei, und er erwarte, daß sich der neue Stadtrat auf den Gebieten der Hygiene, der Armen- und Krankenhausverwaltung zum Nutzen der Bürgerschaft beteilige. Durch diese Wahl seien die guten Beziehungen zur Kriegsgesellschaft noch weiter befestigt worden.

Mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß ihm sein Amt volle Befriedigung gewähren möge, begrüßte auch Vorsitzender Dr. Friedleben den neu gewählten Stadtrat und heißt ihn herzlich willkommen.

Stadtrat Dr. Schloffer dankt für das in ihn gesetzte Vertrauen und die freundliche Begrüßung. Wenn er auch in manchen Fragen Vor- und Rückschlüsse auf Grund seiner politischen Überzeugung machen würde, so wisse er doch, daß er kein politisches Mandat, sondern die Interessen der Allgemeinheit und der Stadt zu vertreten habe. In diesem Sinne verspreche er, seine Tätigkeit auszuüben.

Erweiterte Unterstützung für die Eltern der Kriegsteilnehmer.

Von der letzten Sitzung steht noch ein Antrag Müller (Fortf.) zur Beratung, der den Magistrat ersucht, Sorge zu tragen, daß unterstützungsbedürftige Mütter von Kriegsangehörigen in der gleichen Weise unterstützt werden, wie die Ehefrauen. In seiner Begründung weist der Antragsteller darauf hin, daß sich viele Mütter schämen, die Hilfe der privaten Kriegsfürsorge in Anspruch zu nehmen; sie müssen das Recht auf höhere städtische Unterstützung erhalten.

Oberbürgermeister Boigt widerspricht der Auffassung, als sei die Inanspruchnahme der privaten Kriegsfürsorge entwürdigend. Mit dem Grundgedanken erklärt sich jedoch der Magistrat einverstanden.

Zielowski (Soz.) ist mit dem Antragsteller der Meinung, daß es für viele Frauen ein bitteres Gefühl ist, in die Bezirksteile der Kriegsfürsorge zu gehen und dort um Unterstützung zu bitten. In der Kriegskommission sei auch noch ein ähnlicher Antrag der Gewerkschaften zu erledigen, nach dem eine Erhöhung der Unterstützungsätze für Kriegsfamilien empfohlen wird. Beide Anträge bitte er, wohlwollend zu behandeln.

Dr. Rumpf (natl.) betont, für die Familien der Kriegsteilnehmer könne es nicht gleichgültig sein, ob sie ihre Unterstützung von der Stadt oder von der privaten Kriegsfürsorge bekommen. Etwaige Verstöße in den Bezirksteilen solle man direkt der zuständigen Stelle mitteilen, damit das Gefühl beseitigt werde, als würden die Frauen dort nicht einwandfrei behandelt.

Walf (Soz.) weist auf die oft bürokratische Behandlung der Kriegsfamilien in einzelnen Bezirken hin; in vielen Bezirken würde jedoch gut gearbeitet. Es komme ganz darauf an, was für Herrschaften dort tätig seien.

Der Antrag Müller geht an die Kriegskommission. Unter den wenigen Magistratsvorlagen befindet sich auch die über die Wahl eines Mitgliedes des Vorkamtes. Gewählt wird Dr. B. Hanauer.

Ausschüsseberichte.

Maier (Soz.) berichtet für den Tiefbauausschuß über Abrechnung von Gelände des Allgemeinen Armenvereins zur Aufstellung von Grabstätten, Ausbesserung von Grundstücken südlich der Rainzer Landstraße, Geländeaufbau nördlich der Fulengasse, Straßenordnungen und Ausbesserung südlich der Rindstraße in Rödelheim und Errichtung eines Grundwasserwerks im Vorgelände des Taunus zwischen Hatterstein und Weibach.

Zur Anbahnung hieran wünscht Zielowski (Soz.), daß an der Uebung festgehalten wird, Vorlagen erst dem Plenum zu unterbreiten, ehe sie den Ausschüssen zur Beratung überwiesen werden. In der letzten Zeit sei das bei einigen Vorlagen nicht geschehen.

Vorsitzender Dr. Friedleben entgegnet, das geschehe nur bei kleinen Sachen, bei denen keine Debatte zu erwarten sei. Den Berichten wird zugestimmt.

Für den Städtischen Ausschuß empfiehlt Walter (Fortf. Ept.), einen entlassenen Beamten vom Heilig-Geist-Hospital auf drei Jahre eine jährliche Unterstützung von 1500 Mark zu gewähren. Das Plenum stimmt dem zu.

Der auf Urlaub aus dem Felde inzwischen eingetroffene Stadtverordnete Zielowski wird vom Vorsitzenden herzlich begrüßt.

Zur Beseitigung der Kartoffelnot

beantworten Zielowski u. Gen.

Den Magistrat zu ersuchen, unverzügliche Maßnahmen zu treffen, um der bestehenden Kartoffelnot und der dadurch entstehenden Kartoffelverteilung abzuwehren.

Zielowski (Soz.) betont in der Begründung, Kartoffeln seien in solch reichlichem Maße vorhanden, daß die Regierung nicht wisse, wo sie damit hin soll; ein Preisabsturz sei von selbst gegeben. Einige Städte sind mit dem Preis auch erheblich heruntergegangen. Kartoffeln zum Beispiel verkauft den Zentner zu 1 Mark. In Frankfurt verlangen die Händler noch die gleichen hohen Preise wie im Herbst und Winter. (Zuruf: Noch höher!) Die Preise von 8 und 9 Mark seien in keinem Verhältnis zu den Vorräten; der heisse Beweis, daß die Händler an der Preistreiberi nicht so unschuldig sind, wie im Herbst von ihnen behauptet wurde. Das Publikum muß noch die gleichen unerschämten Preise zahlen, wie früher. Höchstpreise existieren nicht mehr; die Stadt ist deshalb ziemlich machtlos dagegen. Sie kann aber doch ein größeres Quantum Kartoffeln aufkaufen und auf den Markt werfen, um die Händler zu zwingen, die Preise zu ermäßigen. Die Wagen des städtischen Fuhrparks könnten ganz gut durch die Straßen fahren, um die Kartoffeln dem Publikum anzubieten. Die Händler würden dann bald abfliegen.

Bräune (Soz.) bezeichnet das, was jetzt vorgeht, als einen Skandal, an dem die Regierung die Hauptschuld trage. Tausende von Familien hätten im letzten Winter nicht die Möglichkeit, sich mit ihrem Bedarf an Kartoffeln zu versehen; sie sind jetzt auf den Kleinkauf angewiesen. In den abgeklärten Geschäften vieler Kinder sieht man, daß sie Hunger leiden. In Deutschland sind noch 5 bis 10 Millionen Doppelkinder vorhanden; das Volk aber muß die Kartoffeln mit Wucherpreisen bezahlen. In der Wetterau haben Landwirte Hunderte von Zentnern verheimlicht unter der unwahren Angabe, in den Wäldern seien Däumler. Solche Leute sind schlechter, wie die schlimmsten Preistreiber im Kriege; sie gehören streng bestraft. Viele Familien haben auch ihre letzten Spargroschen aufgebraucht. Die Stadt muß alles tun, um billige Kartoffeln zu liefern. Zur Kartoffelnot kommt jetzt auch noch die Milchmangelung. Es ist furchtbar bedauerlich, daß es während des Krieges noch Leute gibt, die die Not ihrer Mitmenschen wucherisch ausnützen.

Stadtrat Dr. Müller betont als Vorsitzender der Lebensmittelkommission, die Kartoffelaufnahme habe ergeben, daß genügend Vorräte vorhanden waren. Trotzdem habe man in Berlin 20 000 Zentner angeliefert, die auch geliefert wurden; 40 von den 100 Wagen seien bereits eingetroffen, von denen ein Teil schon in den Verkehr gekommen sei. Die Kartoffeln seien zu 5,50 Mark an verschiedene Geschäfte abgegeben worden. Sie wurden dort zu 65 Pfennig für 10 Pfund verkauft. In der Markthalle seien die Preise allerdings höher, doch seien dort ausgelagerte Kartoffeln. Die Stadt habe auf den Preis gedrückt. Eine Reihe Städte habe allerdings Kartoffeln zu 3 Mark abgegeben, jedoch deshalb, damit die Vorräte nicht verfaulen. Versuche, im Westwald Kartoffeln zu erhalten, seien teilweise mißlungen, da die Bauern es vorgezogen, ihre jungen Schweine damit zu füttern. In der nächsten Woche werden weitere Kartoffeln geliefert, so daß die Situation bald behoben sein wird. Man hoffe auch bald neue belgische Kartoffeln billig zu erhalten. Zur Milchfrage teile Maier mit, daß auch darüber Besprechungen stattgefunden haben.

Walf (Soz.) erklärt, der Magistratsvertreter habe die Marktlage richtig geschildert. Die Stadtverordneten müßten aber auch unterrichtet sein, damit Fehler, die gemacht sind, in Zukunft vermieden werden. Dem Bürger im eigenen Lande entgegenzutreten, habe die Regierung versäumt; ihre Maßnahmen waren unpraktisch. Die neue Ernte muß sie auf dem Galm beschlagnehmen. Agrarisch ist aber bei ihr noch Trumpf. Der Konsumverein benötigt wöchentlich 3000 Remmer Kartoffeln; er kann aber seinen Mitgliedern nur 2000 liefern. Brot ist knapp. Was sollen die Leute essen, wenn auch die Kartoffeln noch unendlich verteuert wird? Es ist deshalb notwendig, Alarm zu schlagen. Belgien könne ja auch wöchentlich 4-5000 Waggons neue Kartoffeln liefern; viel billiger aber würden sie nicht.

Pengemann (Soz.) ist mit der Antwort des Magistrats nicht zufrieden. Die Stadt habe bis jetzt noch keinen Pfennig auf die von ihr gelieferten Lebensmittel draufgelegt. Er hoffe, daß ein eigener städtischer Kartoffelverkauf eingerichtet wird, selbst wenn die Stadt 100 000 Mark zuschießen muß.

Walf (Fortf. Ept.) empfiehlt der Kriegskommission zu prüfen, ob nicht der ärmeren Bevölkerung ein größeres Quantum Kartoffeln zu möglichst billigem Preis zur Verfügung gestellt werden könne.

Walf (Fortf. Ept.) stelle den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß bei der neuen Ernte die Stadt ein genügendes Quantum Kartoffeln zur Verfügung stelle.

Im Schlußwort verlangt Zielowski (Soz.), daß der Magistrat unter allen Umständen für die ärmere Bevölkerung etwas tun müsse, es könne kosten, was es wolle. Für auswärtige Hilfsbedürftige seien bedeutende Summen bewilligt worden; jetzt müsse auch für die hiesige Einwohnerschaft etwas geschehen.

Der Antrag Zielowski wird einstimmig angenommen, der Antrag Walf der Lebensmittelkommission überwiesen.

Die Anfrage der Stadtverordneten Zielowski, Lion und Berneder, die sich auf das Vorkommen des Schaupielhauses in Brüssel bezieht, wird zur nächsten Sitzung vertagt.

Schluß 1/2 Uhr.

Achtung! Achtung!

Grosser Massen-Fleisch-Verkauf

Alles in nur frischer guter Qualität, zu bekannt billigen Preisen.

Metzgerei Anton Siefer

17 Bleichstrasse 17 W 771

Achtung! Seldpostkartons!

Mein Geschäft befindet sich jetzt

13 Walramstraße 13, Laden.

Bildereinnahme. **A. Temmert, Buchbinderei.** W 781

Zur Verfolgung der Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in den einzelnen Ortschaften gehört ein umfangreiches Kartenmaterial. Dieses ist vorteilhaft in dem folgenden erschienenen

Kriegskarten-Atlas

vereint; er enthält:

1. Deutsch-Russischer Kriegsschauplatz
2. Galizischer Kriegsschauplatz
3. Ueberblickskarte von Russland mit Rumänien und Schwarzem Meer
4. Spezialkarte von Frankreich und Belgien
5. Karte von England
6. Karte von Czerkassien und Nachbargebiete
7. Karte vom Österreichisch-Serbischen Kriegsschauplatz
8. Ueberblick der gesamten türkischen Kriegsschauplätze (Armenien, Mesopotamien, Arabien, Persien, Afghanistan)
9. Karte der Europäischen Türkei und Nachbargebiete (Balkanhalbinsel, Marmara-Meer, Bosporus)
10. Ueberblickskarte von Europa.

Der große Rohstoff der hauptsächlichsten Karten gestattete eine reiche Beschreibung, eine besagte vielstündige Ausarbeitung gewährt eine große Uebersicht und leichte Orientierung. Details wie: Festungen, Kohlenstationen etc. erhöhen den Wert der Karten. Der Atlas ist dauerhaft gebunden und bequem in der Tasche zu tragen. Das geschlossene Kartenmaterial wird vor allen Dingen unseren Bräuen

im Felde

willkommen sein. — Preis M. 1.50. — Porto 20 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt am Main Gr. Kirchgraben 17

Allgem. Ortskrankenkasse.

Nach langem Leiden verstarb am 28. d. Mts. unser Angestellter

Herr

Rudolf Fiedler

in dem noch jugendlichen Alter von 22 Jahren. Seit 1906 im Dienste der Kasse tätig, hat sich der Verstorbene sowohl durch seinen Fleiß und seine Tüchtigkeit, wie auch durch sein zuvorkommendes und gerechtes Verhalten bei dem Kassenvorstand und seiner Mitarbeiterschaft beliebt gemacht, sodass das Andenken an ihn über das Grab hinaus erhalten bleibt.

Wiesbaden, den 30. Juni 1915. W 782

Der Kassenvorstand: August Jeckel, Vorsitzender.

Genossen! Agitiert für Euer Bluff!

Sommer - Ausverkauf 1915.

Um unserer verehrlichen Kundschaft auch während des Krieges erhebliche Vorteile zu bieten, gewähren wir, trotz der durch die Kriegslage geschaffenen bedeutenden Preissteigerung sämtlicher Waren in der Zeit vom

Donnerstag, den 1. Juli 1915 bis Mittwoch, den 14. Juli 1915

Verkauf
nur gegen bar!

auf unser gesamtes
Warenlager

15%

Nachlass.

Auswahlendungen
können nicht gemacht
werden!

Walhalla-Ecke

Gebr. Manes, Wiesbaden

Kirchgasse 64

Spezial-Haus für Herren- und Knabenkleidung.

W 778